

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Handbuch zur Kinder- und Jugendhilfe neu aufgelegt

Der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik e.V. (IJAB) hat im Auftrag der Europäischen Kommission und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Handbuch »Kinder- und Jugendpolitik, Kinder und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland« neu herausgegeben. Die Publikation gibt auf fast 800 Seiten einen umfassenden Überblick über die kinder- und jugendrelevanten Gesetze in Deutschland sowie die jugendpolitischen Strukturen, Ziele und Maßnahmen des Bundesjugendministeriums und anderer Bundesministerien. Ein Nachschlageteil stellt das breitgefächerte Trägerspektrum der über 430 bundesweit tätigen Jugendverbände, Fachorganisationen, Stiftungen und Einrichtungen aktuell dar.

Französische und englische Versionen des Handbuchs sollten rechtzeitig vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 vorliegen. Die kostenlose Publikation steht auch online auf der Website des Ministeriums zur Verfügung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Taubenstraße 42/43, 10117 Berlin, Telefon 030 20655-0, Fax 030 206551145, E-Mail info@bmfsfj.bund.de, Internet <http://bmfsfj.de>

Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe steigt

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes hat sich die Gesamtzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung) in Deutschland zum Jahresende 2006 gegenüber 2002, dem Zeitpunkt der letzten Erhebung, um rund vier Prozent erhöht. Insgesamt gab es rund 28.200 Einrichtungen unter anderem für Heimerziehung, Jugendarbeit, Frühförderung sowie Jugendzentren und Jugendräume, Familienferienstätten und Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen. Die Zahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sank um rund fünf Prozent, die freien Träger betrieben rund acht Prozent mehr Einrichtungen als

vier Jahre zuvor. Auch die Zahl der Beschäftigten in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Verwaltung) erhöhte sich bundesweit gegenüber 2002 leicht auf 141.400 Personen (+ 1,5%). Zwischen 1998 und 2002 hatte es einen Personalabbau um 2,7% gegeben.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Qualitätsentwicklung in der Fremdunterbringung

Liebevolle Zuwendung, zuverlässige Beziehungen, ein stabiles Zuhause – das brauchen Kinder und Jugendliche, um gut erwachsen werden zu können.

Kinder in Fremdunterbringung brauchen das auch; vielleicht sogar ein bisschen mehr als andere. In einer neuen Veröffentlichung beleuchten Experten die Rahmenbedingungen von Fremdunterbringung und beschreiben, wie Qualitätsstandards entwickelt und umgesetzt werden können. Neben den Fachleuten kommen auch Jugendliche zu Wort; sie erzählen von ihren Erfahrungen in Heimen und Pflegefamilien. Die Herausgeber sind langjährige Mitarbeiter der Organisation SOS-Kinderdorf und Initiatoren des Projektes »Quality4Children«, in dem einheitliche Qualitätsstandards für die Betreuung fremd untergebrachter Kinder und Jugendlicher formuliert werden sollen.

Hilweg, W./Posch, C.: *Fremd und doch zu Hause*, Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler 2008. 236 Seiten. 18,- Euro. ISBN 978-3-8340-00368-3.

Mangelnde Integration ist teuer

Die in Deutschland unzureichende Integration von Zuwanderern kosten Bund und Länder jeweils 3,6 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kosten der Kommunen liegen bei 1,3 Milliarden Euro, die der Sozi-

alversicherungen bei 7,8 Milliarden Euro. Das stellte eine Studie des Büros BASS im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung fest. Während von den weniger integrierten Zu-

wanderern in Deutschland 16 Prozent arbeitslos gemeldet sind, sind es bei den integrierten elf Prozent. Hier unterscheiden sich die integrierten Zuwanderer wenig von der Gesamtbevölkerung. Erwerbstätige Zuwanderer, die integriert sind, verdienen zudem rund 7.500 Euro mehr im Jahr als die weniger integrierten. Dadurch liefern sie im Schnitt jährlich rund 1.900 Euro mehr an Einkommenssteuern an die öffentliche Hand als weniger integrierte Personen und zahlen rund 1.200 Euro mehr in die Sozialversicherungen ein. Zentrale Voraussetzung für ihre erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt ist die Integration von Zuwanderern in anderen Lebensbereichen. Für Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind gute Sprachkompetenzen und ein gutes Bildungsniveau unverzichtbar. Als eine weitere Variable wird in der Studie zudem soziales Engagement hinzugezogen. Die Studie »Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderern in Deutschland« kann als Gesamtdokument und als Zusammenfassung auf der Webseite der Bertelsmann-Stiftung heruntergeladen werden (Internet http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A00F14-D3D82DBF/bst/hs.xsl/nachrichten_84818.htm).

Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Telefon 05241 81-0, E-Mail info@bertelsmann-stiftung.de, Internet <http://www.stiftung.bertelsmann.de>

Eingliederungshilfe größter Ausgabenposten bei der Sozialhilfe

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 in



Deutschland netto 10,5 Milliarden Euro für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ausgegeben. Mit einem Anteil von 58 Prozent an den gesamten Nettoaufwendungen der Sozialhilfe (18,1 Milliarden Euro) ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen damit die finanziell mit Abstand bedeutendste Hilfeart im Rahmen der Sozialhilfe. Im Laufe des Jahres 2006 erhielten 643.000 Personen Eingliederungshilfe nach dem SGB XII. Die im 6. Kapitel des SGB XII geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, so weit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger – wie zum Beispiel der Krankenversicherung, der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit – erbracht wird. 89 Prozent der Nettoausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen fielen 2006 in Einrichtungen (zum Beispiel Werkstätten für behinderte Menschen) an, elf Prozent der Ausgaben für diese Hilfeart wurden für Leistungen außerhalb von Einrichtungen aufgewandt.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Landschaftsverband Rheinland schließt Rahmenzielvereinbarung mit Werkstattträgern

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und die rheinischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen gemeinsam die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben weiterentwickeln und dabei gleichzeitig die Kostenentwicklung besser steuern. Beide Verbände unterzeichneten dazu Anfang Dezember 2007 in Düsseldorf eine Rahmenzielvereinbarung, in deren Mittelpunkt die 43 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im Rheinland stehen. Hier sind derzeit fast 26.000 Menschen mit einer »wesentlichen Behinderung« beschäftigt. Der Landschaftsverband Rheinland und die Wohlfahrtsver-

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Lebensführung, Lebensbewältigung
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2002

Daseinsvorsorge
Extra: Die PISA-Studie und die Bürgergesellschaft
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2002

Armut und Integration
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2002

Lebenslagen im Alter
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2002

Bürgerbeteiligung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2002

Bildung und Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2003

Menschen mit Behinderungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2003

Familienpolitik, Familienhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2003

Fachsozialarbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2003

Unternehmensführung in der Altenhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2003

Elementarerziehung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2003

Kommunale Sozialpolitik
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2004

Case Management
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2004

Brennpunkte der Jugendhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2004

Ambulante Pflege
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2004

Interkulturelle Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2004

Demografischer Wandel
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2005

Bildung
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2005

Bürgerengagement
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2005

Gemeindepsychiatrie
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2005

Standards Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2005

Performanz – Wissen, was man tut, und zeigen, was man leistet
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2005

Wohngemeinschaften
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2006

Ausbildung in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2006

Die Verortung Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2006

Wirtschaft
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2006

Das Persönliche Budget
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006

Engagement als Ressource
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006

Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007

Stiftungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007

Beratung
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007

Krisendienste
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007

Schnittstellen der Jugendhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007

Selbstständigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007

Kindertagesstätten
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008



Der Jahresbezugspreis beträgt 58,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 29,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 11,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden bei: Nomos Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-39, Fax 07221 210443, E-Mail hohmann@nomos.de

Termine

Komplexe Vorhaben zielgenau steuern. Projektmanagement für die Praxis. 16. und 17. Juni 2008 in Augsburg. Teilnahmegebühr 105,- Euro (für kirchlich-diakonische Mitarbeiter), 210,- Euro für andere Interessierte zuzüglich Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Diakonie.Kolleg., Pirckheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, Telefon 0911 9354-412, Fax 0911 9354-416, E-Mail info@diakoniekolleg.de, Internet <http://www.diakoniekolleg.de>

Als Chef auch Kollege sein. Mitarbeitendenführung im Spannungsfeld souverän gestalten. 14. bis 16. Juli 2008 in Hesselberg. Teilnahmegebühr 170,- Euro (für kirchlich-diakonische Mitarbeiter), 340,- Euro für andere Interessierte zuzüglich Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Diakonie.Kolleg., Pirckheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, Telefon 0911 9354-412, Fax 0911 9354-416, E-Mail info@diakoniekolleg.de, Internet <http://www.diakoniekolleg.de>

Grundlagen für die Arbeit mit Ehrenamtlichen. 8. September 2008 in Berlin. Beitrag 62,- Euro. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, Fax 030 28049529, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

Soziale Arbeit mit (noch) unmotivierten Klienten. 9. bis 11. September 2008 in Mainz. Seminargebühren 220,- Euro (Unterkunft und Verpflegung ca. 36,- Euro je Tag). Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Telefon 06131 28944-0, Fax 06131 2894450, E-Mail ifw@kfh-mainz.de, Internet <http://www.kfh-mainz.de>

Wege aus der Kinderarmut. Die Bedeutung sozialräumlicher Vernetzung. 15. bis 19. September 2008 in Gelnhausen. Teilnahmebeitrag 415,- Euro zuzüglich Übernachtung und Verpflegung. Bundesakademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Telefon 030 48837-488, Fax 030 48837-300, E-Mail info@bundesakademie-kd.de, Internet <http://www.bundesakademie-kd.de>

Selbsthilfegruppen leiten. Wissen gekonnt einbringen. 18. bis 21. September 2008 in Remagen-Rolandseck. Teilnahmebeitrag mit Unterkunft 120,- Euro. AWO-Akademie Helene Simon, Postfach 41 01 63, 53023 Bonn, Telefon 0228 6685-142, Fax 0228 6685211, E-Mail akademie@awobu.awo.org, Internet <http://www.awo.org>

Aktuelle fachliche, fachpolitische und rechtliche Entwicklungen in der Sozialhilfe. 22. bis 24. September 2008 in Münster. Veranstaltungskosten 144,- Euro, Tagungsstättenkosten 184,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Lösungsorientierte Elternarbeit mit »schwierigen« Eltern. 22. bis 26. September 2008 in Bernried. Kursgebühr 270,- Euro. Zentrum Bayern Familie und Soziales – Bayerisches Landesjugendamt, Winzerstraße 9, 80797 München, Telefon 089 1261-2804, Fax 089 12612280, E-Mail poststelle@zbfs-blja.bayern.de, Internet <http://www.blja.bayern.de>

Macht und Ohnmacht im Kontakt mit Kindern und Jugendlichen – zwei Seiten einer Medaille. 24. bis 26. September 2008 in Germerode/Hohenmeißner. Seminargebühr mit Übernachtung und Vollverpflegung 200,- Euro. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986-0, Fax 069 63398625, E-Mail igfh@igfh.de, Internet <http://www.igfh.de>

Riskante Kindheit. Wenn der Anfang schwer ist. Frühe Hilfen für Familien in besonderen psychosozialen Belastungen. 25. September 2008 in Hanau. Kosten 100,- Euro. Connect – Fortbildungseinrichtung des Albert Schweitzer Kinderdorfes Hessen e. V., Geleitstraße 66, 53456 Hanau, Telefon 06181 2709-18, Fax 06181 2709-15, E-Mail connect@ask-hessen.de, Internet <http://www.connect-fortbildung.de>

Hier halt ich es nicht aus! Menschen, die scheinbar nirgendwo leben können. 6. und 7. Oktober 2008 in Neudietendorf (Thüringen). Beitrag 200,- Euro. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, Fax 030 28049529, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

bände sehen die Werkstätten als wichtige Garanten für die Sicherstellung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit schweren Behinderungen. Sie wollen die Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen qualitativ und quantitativ weiterentwickeln. Wichtige Handlungsfelder dazu sind u. a. die Verbesserung der Berufswegeplanung für behinderte junge Menschen nach Ende der Schulzeit, die Erhöhung der Anzahl der Übergänge von einer Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, der Auf- und Ausbau differenzierter Beschäftigungsangebote innerhalb der Werkstätten sowie eine verbesserte Förderung besonderer Personengruppen, wie etwa Menschen mit einem seelischen Handicap.

Landschaftsverband Rheinland, 50663 Köln, Telefon 0221 809-0, Fax 0221 8092829, E-Mail info@lvr.de, Internet <http://www.lvr.de>

Ratgeber über unabhängige Beschwerdestellen in der Psychiatrie erschienen

Eine Broschüre über unabhängige Beschwerdestellen in der Psychiatrie mit nützlichen Adressen und Vorlagen wurde im Rahmen des Projektes zur Förderung unabhängiger Beschwerdestellen von der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie erstellt. Das Projekt wurde mit finanzieller Unterstützung von Aktion Mensch durchgeführt. Die Broschüre zeigt, welche Unterstützungsmöglichkeiten es für psychisch erkrankte Menschen und ihre Angehörigen im Falle eines Missstandes in Deutschland gibt. Im Besonderen wird auf die Form der unabhängigen, dialogisch besetzten Beschwerdestelle eingegangen, die durch ihre Arbeitsweise vorbildhaft für Beschwerdemanagement ist. Die Broschüre richtet sich an potenzielle Nutzer und Interessierte an der Beschwerdestellenarbeit. Die Broschüre kann direkt bei der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. gegen einen Unkostenbeitrag von zwei Euro pro Stück bestellt werden. Unter www.beschwerde-psychiatrie.de steht die Broschüre auch zum kostenlosen Herunterladen als PDF-Datei zur Verfügung.

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Telefon 0221 511002, Fax 0221 529903, E-Mail dgsp@netcologne.de

Psychische Krankheit mit der höchsten Sterberate: Magersucht

Die Deutsche Gesellschaft für Ess-Störungen (DGEES) kritisiert, dass die Magersucht noch immer unterschätzt werde. Nachweislich sei die *Anorexia nervosa* die psychische Krankheit mit der höchsten Sterberate: 10 bis 15 Prozent der Betroffenen überlebten die Essstörung nicht. Das Todesrisiko entwickelt sich nicht mit der Krankheitsdauer, sondern verteile sich gleichmäßig über den Krankheitsverlauf, der im Durchschnitt 15 Jahre betrage. Todesursache sei in 41 Prozent der Fälle Infektionen, bei 25 Prozent Herz-Kreislauf-Probleme. Suizide spielten eine nur untergeordnete Rolle. Die Anzahl der Erkrankungsfälle habe in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Zunehmend seien auch Männer betroffen – sie stellen inzwischen rund zehn Prozent der Magersüchtigen.

Deutsche Gesellschaft für Ess-Störungen, c/o Präsident Prof. Dr. Manfred Fichter, Klinik Rosenegg im Verbund mit der Universität München, Am Rosenegg 6, 83209 Prien, Telefon 08051 68-0, Fax 08051 68-3563, E-Mail KlinikRosenegg@schoen-kliniken.de, Internet <http://www.dgees.de/index.php?page=18338&f=2&i=18338>

Spenden: neue Muster für Zuwendungsbestätigungen

Das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« vom 10. Oktober 2007 wirkt sich auch im Spendenrecht aus und zwar bereits rückwirkend zum 1. Januar 2007. Die gesetzlichen Änderungen erfordern eine Anpassung der verbindlichen Muster für Zuwendungsbestätigungen, wie das Bundesfinanzministerium in einem Schreiben vom 13. Dezember 2007 an die Obersten Finanzbehörden der Länder mitteilt. Das Schreiben sowie zwölf offizielle Muster für Zuwendungsbestätigungen können kostenlos bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege angefordert werden (E-Mail pfannen-doerfer@nomos.de).

Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin, Telefon 01888 682-0, E-Mail poststelle@bmf.bund.de, Internet <http://www.bmf.bund.de>

Kennzahlen

*» Was gezählt ist, wird sichtbar.
Und indem man zählt, fängt das,
was gezählt wird, auch an zu zählen.«*

Charles Handy,
englischer Unternehmensberater (geb. 1932)

19.500

Zahl junger Menschen zwischen 10 und 20 Jahren, die in Deutschland im Jahre 2006 wegen akuten Alkoholmissbrauchs (»akute Alkoholintoxikation«) stationär im Krankenhaus behandelt werden mussten

9.370

Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland in Euro im Jahr für eine allein lebende Person im Jahre 2006 nach Definition der Europäischen Union (= Anteil der Personen, der mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen muss)

86

Anteil in Prozent der verheirateten Frauen in Deutschland zwischen 35 und 49 Jahren, die Kinder haben (Anteil bei den ledigen Frauen: 33 Prozent)

142.830

Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte in Deutschland (Stand 2007)

321.281

Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung in Deutschland am 15. März 2007 (»Betreuungsquote«: 15,5%)

43.529

Zahl der bearbeiteten Fälle in der »Allgemeinen Sozialarbeit« der bundesdeutschen Diakonie im Jahr 2005

643.064

Zahl der Menschen in Deutschland, die im Lauf des Jahres 2006 Eingliederungshilfe (§ 53 ff. SGB XII) bezogen